

Hier ist

DIE LINKE.

KLIPP & KLAR

DIE LINKE. Wiesbaden informiert. Juli 2010

Stoppt das PPP-Projekt am Platz der Deutschen Einheit! Keine Verschleuderung städtischer Gelder an Private!

Sommer, Sonne pur, Urlaubszeit und Großereignisse wie die Fußball-Weltmeisterschaft sind für viele politische Akteure stets auch ein willkommener Zeitpunkt, um in aller Eile umstrittene Beschlüsse hinter dem Rücken der Öffentlichkeit durchzupeitschen.

So auch in Wiesbaden, wo nach dem Willen des Magistrats das Stadtparlament am Donnerstag, 1. Juli, mit breiter Mehrheit und in aller Eile ein millionenschweres „PPP-Bauprojekt“ am Platz der Deutschen Einheit mitten in Wiesbaden durchwinken sollte, also ein Projekt in „öffentlich-privater Partnerschaft“. Zeit zum Lesen und Hinterfragen der erst vor wenigen Tagen ausgeteilten umfangrei-

chen Vorlage hätten die Stadtverordneten ohnehin nicht gehabt. Die allermeisten hätten über ein folgenschweres Projekt abgestimmt, dessen Einzelheiten sie faktisch nicht kennen.

Die Wahrheit kommt scheibchenweise ans Tageslicht

Doch die für den 1. Juli anberaumte Sondersitzung wurde kurzfristig wieder abgeblasen und vorerst um drei Wochen auf den 22. Juli verschoben. Die Lokalpresse hatte nämlich einige Details der PPP-Verträge veröffentlicht. Nun bekamen Akteure aus SPD und Grünen, die das Projekt vermutlich akzeptiert hätten, plötzlich „kalte Füße“ und wurden auf offensichtliche Widersprüche und Hämmer in dem zentimeterdicken Vertragswerk aufmerksam.

Gewinner und Verlierer

Am „Platz der Deutschen Einheit“, der vor allem als Busbahnhof dient, ist seit Jahren der Bau einer Sporthalle für die direkt am Platz gelegene Elly-Heuss-Schule vorgesehen, die ursprünglich neun Millionen Euro kosten sollte. Weil diese Halle aber auch für den örtlichen, mit seiner Damenmannschaft in die Bundesliga aufgestiegenen Volleyballclub VCW errichtet werden und daher bundesligatauglich sein sollte, erhöhte sich die prognostizierte Bau-summe rasch auf 16,5 Millionen. Nach Abschluss eines Architektenwettbewerbs und der Einbeziehung ei-

**Kundgebung gegen die
Plünderung des
Stadthaushaltes durch PPP
Montag, 19. Juli 2010
17 Uhr
Platz der Deutschen Einheit**

nes privaten Investors ergab sich nun aus den Unterlagen, dass die Stadt für das Projekt einschließlich überhöhter Miete und 500.000 Euro Betriebskosten bis 2040 jährlich insgesamt 95 Millionen Euro aufbringen müsste. Diese horrende Kostensteigerung käme vor allem der bayerischen Baufirma Max Bögl zu Gute, die bundesweit bereits etliche PPP-Projekte gestartet hat und europaweit Filialen betreibt.

Max Bögl soll laut Vertragsentwurf die Halle mitsamt Geschäftsräumen bauen und dafür Jahr für Jahr 2,5 Millionen Euro Miete von der Stadt kassieren, im ersten Jahr sogar 4,59 Millionen Euro. Einschließlich der Betriebskosten entstünden der Stadt Gesamtkosten in Höhe von 95 Millionen Euro, so die Lokalblätter. Die Mittel sollen aus den Etats für Sport und Schulen gedeckt werden. Damit würden an anderer Stelle – etwa bei der Sanierung maroder Schulhäuser oder beim Breitensport – Gelder fehlen.

Zudem soll die Stadt für die Vermietung der angrenzenden neuen Geschäftsräume zu als überhöht gelten den Mietkosten gerade stehen und für die Neugestaltung des Platzes

Kommunalwahl 27. März 2011 Vorbereitung läuft

Am 27. März 2011 finden hessenweit die nächsten Kommunalwahlen statt. In Wiesbaden werden an diesem Tag die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte für fünf Jahre neu gewählt. DIE LINKE und die Linke Liste im Rathaus bereiten sich derzeit intensiv auf diese Wahlen vor. Wir diskutieren und erarbeiten bis Oktober zuerst ein Wahlprogramm. Danach - im November - werden die KandidatInnen nominiert. Die Listen stehen auch Parteilos offen. Wer Vorschläge für Programm und Personal hat, kann sich gerne melden: wahlkreisbuero@dielinke-wiesbaden.de, Tel.: 0611.30 86 498



aufkommen. Sie müsste also weitere Ausgaben in Millionenhöhe übernehmen.

Solche Fakten und Zahlen ließen aufhorchen und brachten einige ins Grübeln. So kam es im Magistrat und im städtischen Bauausschuss zum Krach, der zur Verschiebung der Sondersitzung des Stadtparlaments auf den 22. Juli führte. Dabei ist eine Zustimmung durch SPD und Grüne, wie sie von CDU und FDP erwartet worden war, in Frage gestellt. Die Grünen sind in die Wiesbadener Rathauskoalition mit CDU und FDP eingebunden. Der örtliche SPD-Unterbezirksvorsitzende Arno Goßmann ist im Hauptberuf Sozialdezernent in der örtlichen Stadtregierung, auch wenn seine Partei im Stadtparlament die Opposition bildet. Beobachter sagen ihm eine Vorliebe für eine Große Koalition nach der nächsten Kommunalwahl im März 2011 nach.

Die SPD will jetzt allerdings prüfen lassen, ob ein Bau durch eine städtische Gesellschaft nicht billiger wäre. Dazu brauchen wir kein externes Beraterinstitut. Das können wir schneller nachweisen. **„Nach einfacher Zinsrechnung im Mathematikunterricht in der 8. Klasse wäre bei Baukosten von 20 Millionen Euro, einem Kredit zu einem Zinssatz von 5 Prozent und einem von der Stadt als Jahresmiete geplanten Betrag von 2,5 Millionen Euro wäre der gesamte Betrag in zehneinviertel Jahren abbezahlt“, rechnet der Finanzfachmann und ehrenamtliche Mitarbeiter der Rathausfraktion Linke Liste (LiLi), Manuel Mergen, vor.**

Doch die Stadtoberen um Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) haben es eilig. SPD und Grüne ringen noch mit sich. Kein Mensch weiß, ob sie bis zum 22. Juli auf PPP-Linie sind. Müller will sie mit dem Hinweis auf angeblich drohende „Schadensersatz-Forderungen“ durch Max Bögl zur Zustimmung bewegen. LINKE und LiLi rufen zum Widerstand gegen das PPP-Projekt auf.



www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten/eintrittserklaerung/

Aufruf: Protest auf die Straße tragen!

DIE LINKE.Wiesbaden und die Wählergruppe Linke Liste mit ihrer Fraktion im Stadtparlament lehnen die jetzt bekannt gewordenen Planungen für ein „PPP“ zur Bebauung des Platzes der deutschen Einheit strikt ab und erklären:

OB Dr. Helmut Müller und seine PPP-Freunde versuchen den Stadtverordneten weis zu machen, 30 Jahre lang 2 ½ Millionen an Miete an einen Privaten zu zahlen sei billiger als die für 19 Millionen Euro geplante Sporthalle durch die Stadt mit einem Kommunalkredit selbst zu bauen.

DIE LINKE.Wiesbaden und die Linke Liste halten das PPP-Projekt für eine gigantische Verschleuderung städtischer Gelder an Private, die verhindert werden muss.

Dies wird nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger unüberhörbar ihren Protest zahlreich bekunden und fordern diesen Irrsinn zu stoppen. Viele kreative Protestaktionen sind jetzt notwendig. An ihnen werden sich DIE LINKE.Wiesbaden und die Linke Liste beteiligen und sie werden auch solche Aktionen initiieren. In den nächsten Tagen werden dazu Gespräche mit anderen Personen und Organisationen geführt. Auch über die Einleitung eines Bürgerbegehrens wird nachgedacht.

Für Montag, 19. Juli 2010, um 17 Uhr, haben DIE LINKE.Wiesbaden und die Linke Liste eine Kundgebung unter dem Motto „Gegen die Plünderung des Stadthaushaltes durch PPP“ auf dem Platz der Deutschen Einheit angemeldet. Anschließend soll eine Demonstration durch die Innenstadt zum Rathaus führen, wo eine weitere Kundgebung stattfinden soll. Wiesbaden, 2. Juli 2010

Hartz IV-Kinder im Ferienjob 2. Klasse

Als der Skandal im Sommer 2009 ein „Gesicht“ bekam, das der 15-jährigen Laura, waren sich die Bundestagsparteien einig: Einkommen aus Ferienjobs von Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien darf nicht länger auf die Sozialleistungen der Eltern angerechnet werden. Es war Wahlkampf.

Einen entsprechenden Antrag stellte DIE LINKE im Bundestag. Die Bundesregierung gab nur ein Stück weit nach. Seit dem 1. Juni dürfen Jugendliche aus Hartz-IV-Familien ihr in Ferienjobs verdientes Geld bis zu 1.200 Euro ohne Abzüge bei den Regelleistungen behalten. Der monatliche Freibetrag von 100 Euro für regelmäßige Jobs gilt nach wie vor.

Die LINKE fordert weiter die komplette Streichung der Verdienstgrenze für jobbende Schülerinnen und Schüler, die im Hartz-IV-System stecken! Schutz und Motivation brauchen eine Arbeitszeitbegrenzung, aber keine Verdienstgrenze!

In eigener Sache: Pressefreiheit für wen?

„Es ist offenbar Ihre Strategie, die Aktivitäten der Partei DIE LINKE in Hessen totzuschweigen“, protestierte Herbert G. Just, Kreisschatzmeister der Wiesbadener LINKEN, Ende Juni 2009 in einem Brief an die größte Wiesbadener Tageszeitung: „Jeder Karnickelzüchterverein wird besser behandelt als eine demokratische Partei.“

DIE LINKE sei „keine im bundesrepublikanischen Parlamentssystem fest verankerte Gruppierung“, begründete der Chefredakteur des Blatts das weitgehende Totschweigen unserer Partei. Pressefreiheit in Deutschland ist zunehmend die Freiheit der einhundert Menschen, die sich eine eigene Zeitung leisten können und bestimmen, was Sie erfahren dürfen und was nicht. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Daher melden wir uns auch mit diesem Informationsblatt. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung. Viel Spaß beim Lesen.

Impressum: DIE LINKE. Wiesbaden; Römerberg 9, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 30 86 498, wahlkreisbuero@dielinke-wiesbaden.de
Text und Gestaltung: Hans-Gerd Öfinger, V.i.S.d.P.: Jörg Jungmann